

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 2. Juli 2021 · Nr. 150/26 R0

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

3,10 € D 2955 A F.A.Z. im Internet: faz.net

## Steinmeier für zwei Staaten in Nahost

elo. JERUSALEM. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat bei einem Besuch in Israel bekräftigt, im israelisch-palästinensischen Konflikt eine Zweistaatenlösung anzustreben. „Eine Alternative zur Zweistaatenlösung habe ich noch nicht so recht gehört in der Gegenwart“, sagte er bei einem Auftritt mit dem scheidenden israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin. Dieser hatte Steinmeier bereits im vorigen Jahr zu einem Staatsbesuch eingeladen, der wegen der Corona-Pandemie hatte verschoben werden müssen. Rivlin übergibt das Amt in wenigen Tagen an seinen Nachfolger Itzhak Herzog, der ebenfalls mit Steinmeier sprach. Dieser ist einer der letzten Gäste Rivlins. Der Bundespräsident traf auch den neuen Ministerpräsidenten Israels, Naftali Bennett, und Außenminister Yair Lapid, der Bennett nach zwei Jahren ablösen soll. Nach dem Gespräch Steinmeiers mit Bennett hieß es in Kreisen der deutschen Delegation, Bennett habe die von ihm geführte, aus acht Parteien bestehende Regierung als „ungewöhnliche Koalition“ bezeichnet, die von „viel gutem Willen und vielen konkreten Projekten zusammengehalten wird“. Steinmeier und Bennett unterstrichen das Ziel, eine nukleare Bewaffnung Irans zu verhindern. (Siehe Seite 3.)

## Sempre Roma



Umschlungen – Auch wenn man es in der Ewigen Stadt sicher nicht hören will: Offenbar war das römische Nahverkehrssystem schon 1953 ausbaufähig, weshalb Audrey Hepburn und Gregory Peck im Film „Ein Herz und eine Krone“ lieber auf die Vespa stiegen. An Helme, die selbst viele Italie-

ner mittlerweile praktisch finden, dachte damals natürlich noch niemand, an Corona-Masken aber auch nicht. Die muss man zwar weiter tragen, aber sonst ist in Rom der erste Sommer nach dem Lockdown mit Macht angebrochen. Und unsere Italien-Sehnsucht ist grenzenlos. Seite 9 Foto Action Press

## Das Verständnis nicht verspielen

Von Andreas Ross

Um möglichst viele Deutsche zur Impfung zu motivieren, konnte Jens Spahn die gute Nachricht gar nicht oft genug wiederholen: Doppelt geimpfte Menschen sind selbst im Fall einer Infektion mit der bald wohl auch hierzulande dominierenden Delta-Variante des Coronavirus gut vor einer schweren Erkrankung geschützt. Das zeigen immer mehr Studien. Trotzdem sind derzeit etliche doppelt Geimpfte und Genesene in ihren Wohnungen gefangen, weil sie zum Beispiel Urlaub in Portugal gemacht haben. Kurzfristig hatte die Bundesregierung das Land wegen „Delta“ zum Virusvariantengebiet erklärt. Anders als Rückkehrer aus anderen Risikogebieten können sich diese Personen aus ihrer Quarantäne noch nicht einmal freisetzen.

Es ist höchste Zeit, dass diese Regelung für Rückkehrer aus „Delta-Ländern“ aufgehoben wird. Denn die Bundesregierung läuft Gefahr, das Verständnis zu verspielen, das der größte Teil der Bevölkerung immer noch für die Politik der Vorsicht aufbringt, obwohl sich viele EU-Länder einen laxeren Kurs leisten. Denn die Kategorie

„Virusvariantengebiet“ muss bleiben. Es bleibt richtig, die enormen Fortschritte nicht dadurch zu gefährden, dass Mutanten eingeschleppt werden, gegen welche die Impfstoffe womöglich machtlos sind. Urlaubspläne Einzelner sind nicht wichtiger als, zum Beispiel, der geregelte Schulunterricht aller nach den Ferien.

Auf eine wirklich harte Corona-Probe würden die deutschen Urlauber (und ihre wahlkämpfenden Politiker) gestellt, wenn in einem Nachbarland oder besonders populären Urlaubsland bald die Inzidenz stark stiege oder eine neue, noch unerforschte Variante auftauchte. Bundesinnenminister Horst Seehofer hat darauf hingewiesen, dass dieser Fall „wöchentlich“ eintreten könnte. Dann dürfte sich die Regierung nicht mehr auf den inzwischen straff organisierten Flughafenkontrollen ausruhen, sondern müsste die Testung, womöglich sogar die Quarantäne von Hunderttausenden Autoreisenden überwatchen. Hoffentlich tritt der Fall nicht ein. Hoffentlich sind die Pläne dafür aber weiter gediehen, als Spahn und Seehofer am Donnerstag erkennen ließen.

## Folgen einer falschen Politik

Von Reinhard Müller

Jedes Verbrechen steht für sich – und doch wieder nicht. Lernen kann man aus jeder Tat nur etwas, wenn man möglichst viel über Täter und Umstände weiß. Das ist übrigens auch Voraussetzung für eine angemessene Bestrafung, auch im Sinne des Angeklagten. Es gibt keinen Rabatt für archaische Motive. Aber selbstverständlich muss man wissen und berücksichtigen, ob einem Täter etwas schon früh eingeeimpft wurde, zum Beispiel der Hass auf andere Volksgruppen, eine Abneigung gegenüber Menschen mit anderen Neigungen, Überlegenheitsgefühle gegenüber dem anderen Geschlecht oder der Einsatz von Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung. Man muss die Vorgeschichte einer Tat kennen und wissen, ob der Handelnde verwirrt oder Terrorist war oder alles zugleich.

Auch die Staatsangehörigkeit gehört zur Vita. Sie ist aber nicht entscheidend. Es ist kurios, wenn etwa nach allen möglichen polizeilichen Vorfällen hinzugefügt wird, der Verdächtige sei Deutscher. Der Pass allein sagt kaum etwas über Hintergrund, Migrationsgeschichte oder Extremismus. Und auch die Bekanntmachung solcher Vorgeschichten bedeutet nicht, andere in Sippenhaft zu nehmen. Es heißt, sich ein Bild zu machen. Nur so lassen sich Parallelen erkennen. Und nur so lässt sich etwas lernen.

Das gilt auch für die jüngste Bluttat von Würzburg. Natürlich muss hier jeder einen kühlen Kopf bewahren, bei der Aufklärung genauso wie bei öffentlichen Schlussfolgerungen. Ein Verbrechen darf nicht zum Ausgangspunkt neuer Untaten werden. Es soll weder Nachahmer finden, noch dürfen die Reaktionen darauf Hass schüren.

Aber nüchtern muss man die Hintergründe benennen und auch die Dimension einer Tat, die Reihe, in die man sie stellen kann. Und hier steht die Attacke von Würzburg, bei der nur Frauen grausam umgebracht wurden, durchaus in einer Linie etwa mit dem Messermord von Dresden, dem ein männliches Paar zum Opfer fiel. Unabhängig von der Staatsangehörigkeit, dem Aufenthaltsstatus oder der Frage, ob diese Täter strafrechtlich voll verantwortlich sind oder nicht, ist ihnen gemeinsam, dass sie als Flüchtlinge nach Deutschland kamen; das verbindet sie auch mit anderen, zu deren Anschlägen sich die Terrorgruppe IS bekannte.

In diesen Fällen hat sich verwirklicht, wovon Sicherheitsbehörden früh warnten. Vor sechs Jahren kamen unkontrolliert jeden Tag Zehntausende ins Land, aus Kriegsgebieten, aus archaischen Zuständen und oft traumatisiert. Staat und Gesellschaft können gewinnen, wenn sie

Schutzsuchende aufnehmen und integrieren. Aber man hat zu lange die Augen vor der Schattenseite der Willkommenspolitik verschlossen.

Wenn Horst Seehofer als Bundesminister des Inneren, für Bau und Heimat mit Blick auf den Täter von Würzburg sagt: „Wenn ein junger Mann sechs Jahre in einem Obdachlosenheim lebt, ohne dass jemand hinschaut und sich kümmert, dann kann ich mit unserer Politik nicht zufrieden sein, da fehlt es am Bewusstsein“, dann stellt er eine wichtige Frage, dann macht er seinen Job. Abgesehen davon, dass auch andere, Deutsche wie Ausländer, auf der Straße und in prekären Verhältnissen leben, ohne dass wirklich hingeschaut würde (was eine Schande für ein Wohl-

Die Bluttat von Würzburg zeigt die Schattenseite der Willkommenspolitik.

standsland ist): Solche Äußerungen hätte man sich wesentlich früher gewünscht.

Die akute Flüchtlingskrise von 2015 konnte dank veränderter internationaler Rahmenbedingungen eingedämmt werden, gelöst ist sie nicht. Die Bundeskanzlerin, die so gut wie nie Fehler eingesteht, sagte immerhin, die Krise dürfe sich nicht wiederholen. Und mit Blick auf die berichtigte Kölner Silvesternacht hob Merkel hervor, man könne sein Gastrecht auch verwirken. In der Tat.

Und heute? Nach dem Anschlag von Würzburg ist die Politik bis hin auf in die Staatsspitze vor allem darum bemüht, keinen Beifall von der „falschen“ Seite zu erhalten und vor einem Generalverdacht zu warnen. Der Würzburger Oberbürgermeister sagte, die Verbrechen Einzelner seien „niemals“ auf Bevölkerungsgruppen, Religionen oder Staatsangehörigkeiten zurückzuführen. „Auch wir Deutsche wurden nach dem Zweiten Weltkrieg nicht pauschal verurteilt.“

Wirklich? So wie strafrechtliche Schuld individuell ist, so ist auch jeder Einzelne Teil einer Gemeinschaft. Die hiesige Gemeinschaft muss sich weiterhin grundlegend Gedanken machen, wenn sie ins Land lässt, warum sie manche gut integrierten abschiebt, bei gewaltbereiten Gästen aber eher wegsieht.

Es ist offenbar leicht, sich abstrakt solidarisch für gute Sachen zu erleuchten oder Fremdenhass zu unterstellen, aber unendlich schwer, zu erkennen, dass auch die erstochenen Frauen von Würzburg keine Zufallsopfer waren. Der Täter fiel nicht vom Himmel. Verantwortung übernehmen und aus Fehlern lernen – das darf nicht nur für fernes historisches Unrecht gelten.

## Bis in die letzte Ritze

Gegen Zigarettenstummel hat bisher wenig geholfen. Wird das mit dem Kippensauger jetzt anders?

Wirtschaft, Seite 18

## „Schreckliches Gemetzel“

In einem Gefängnis bei Neapel hat das Wachpersonal die Häftlinge nach einer Meuterei brutal misshandelt.

Politik, Seite 5

## So wird nicht studiert

Digitale Lehre: Das klingt modern und bewahrenswert. Wie die Praxis aussieht, erzählt der Rechtsprofessor Miloš Vec.

Feuilleton, Seite 14

## Trumps Konzern angeklagt

Die New Yorker Staatsanwaltschaft zielt auf Finanzchef Allen Weisselberg. Er soll gefügig gemacht werden.

Wirtschaft, Seite 19

## Die Irrwege der Liebe

Thomas Müller und Mats Hummels überlegen noch. Aber kann man eine zweimal zerbrochene Beziehung kitzeln?

Sport, Seite 32

## Testlabor Shenzhen

China will in der Metropole Shenzhen die Preise der Wohnungen deckeln, um den Immobilienboom zu bremsen.

Immobilien, Seite 11

Briefe an die Herausgeber, Seite 5

## Kretschmann verteidigt Baerbock

rso. STUTTGART. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat die Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock in der Plagiatsdebatte um ihr Buch verteidigt. Es „befremde“ ihn, wenn drei Monate vor der Bundestagswahl nicht zentrale Fragen wie die Transformation der Wirtschaft durch den Klimawandel, die Digitalisierung oder der Zusammenhalt der Gesellschaft nach der Pandemie in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gerückt würden, sagte Kretschmann der F.A.Z. Baerbock verfüge über die Fähigkeiten und die Integrität für eine Kanzlerschaft. (Siehe Seite 4.)

## Zweitimpfung nur noch mit mRNA-Wirkstoff empfohlen

STIKO: Immunantwort deutlich überlegen / Spahn: Schutz gegen Delta-Variante

oll./wmu. BERLIN/BRÜSSEL. Mit der schnellen Ausbreitung der ansteckenden Delta-Variante des Coronavirus in Deutschland passt die Ständige Impfkommission (STIKO) ihre Impfempfehlung an. So sollen Menschen, die eine erste Dosis AstraZeneca erhalten haben, künftig unabhängig vom Alter als zweite Spritze einen mRNA-Impfstoff wie BioNTech oder Moderna erhalten, teilte das Gremium am Donnerstag mit. Der Abstand zwischen erster und zweiter Dosis solle dann mindestens vier Wochen betragen. Die Empfehlung gelte vorbehaltlich, hieß es. Die Kommission begründete ihren Rat damit, dass die Immunantwort nach dem Verabreichen von zwei verschiedenen Präparaten der Immunantwort nach zwei Dosen AstraZeneca „deutlich überlegen“ sei.

Laut einer Schätzung des Robert Koch-Instituts (RKI) geht mindestens jede zweite Ansteckung auf die Delta-Variante zurück. Ein Bericht beziffert den Anteil von Delta in der Woche vom 14. bis 20. Juni auf etwa 37 Prozent. In der letzten Juni-Woche dürfte er entsprechend höher gelegen haben. Eine doppelte Impfung hilft aber gegen die Delta-Variante, wie man nun weiß. Eine vollständige Impfung mache „einen Unterschied“, sagte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) am Donnerstag in Berlin.

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) appellierte abermals an den europäischen Fußballverband UEFA, die Zahl der Zuschauer bei den Spielen der Europameisterschaft zu verringern. „Kommerz darf nicht den Infektionsschutz für die Bevölkerung überstrahlen“, sagte Seehofer am Donnerstag in Berlin. Er halte die Position des Fußballverbands für „absolut verantwortungslos“. Bei den Bildern von Menschen, die sehr dicht aneinanderstünden und sich umarmten, sei „vorzeichnend“, dass dies das Infektionsgeschehen befördere, sagte Seehofer.

Unterdessen erklärte Gesundheitsminister Spahn, dass er im kommenden Jahr nicht auf den Covid-Impfstoff des Tübinger Herstellers CureVac setzt. Dessen Chef Franz-Werner Haas bestätigte am Donnerstag, dass sich die Erwartungen an das Vakzin in der jetzt abgeschlossenen ersten großen Studie zunächst nicht erfüllt hätten. Die Wirksamkeit des Mittels liegt nur bei 48 Prozent. (Siehe Seite 2 sowie Wirtschaft, Seite 17.)

## China warnt „ausländische Mächte“

Xi: Stählerne Mauer aus Fleisch und Blut / Propaganda auf 100-Jahr-Feier der KP

boe. SHANGHAI. Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping hat den Westen davor gewarnt, die Entschlossenheit seines Landes auf die Probe zu stellen. „Das chinesische Volk wird keiner ausländischen Macht jemals erlauben, uns zu drängsalieren, zu unterdrücken oder zu versklaven“, sagte er am Donnerstag bei der Feier zum hundertjährigen Bestehen der Kommunistischen Partei Chinas. „Jeder, der das versucht, wird verwundet und blutig vor der stählernen großen Mauer stehen, die aus dem Fleisch und Blut von 1,4 Milliarden Chinesen gebaut ist.“ Der Staatschef kündigte eine „beschleunigte“ Modernisierung der Streitkräfte an. „Ein starkes Land braucht ein starkes Militär.“ Zugleich sagte Xi, China habe nie andere Länder unterdrückt und werde das auch

in Zukunft nicht tun. Man stelle „Kooperation über Konfrontation“.

In seiner Rede auf dem Tor des Himmlischen Friedens bekräftigte der Parteichef das Ziel einer „friedlichen nationalen Vereinigung“ mit Taiwan. Das sei die „unveränderbare historische Aufgabe der Kommunistischen Partei Chinas und der vereinte Wunsch aller Chinesen“. Er hob aber hervor, dass jeder Versuch, eine Unabhängigkeit der Insel zu erreichen, „entschieden zerschmettert werden wird“. Die Regierung in Taipeh erwiderte darauf, sie sei entschlossen, „Taiwans Demokratie und Freiheit zu verteidigen“.

Mehrfach betonte Xi Jinping, die Kommunistische Partei und das chinesische Volk seien untrennbar miteinander verbunden. Jeder Versuch, das zu ändern,

werde scheitern. „Chinas Erfolg hängt von der Partei ab“, sagte Xi vor Zehntausenden jubelnden Zuhörern auf dem Tiananmen-Platz. Die Partei habe keinerlei Eigeninteressen, behauptete der Staats- und Parteichef. Der Sozialismus chinesischer Prägung sei „ein neues Modell für menschliche Entwicklung“.

Xi kündigte eine Fortsetzung der Anti-Korruptions-Kampagne an, die sich auch gegen illoyales Verhalten gegenüber der Führung richtet. Es gelte, jeden „aufzustöbern, der die Reinheit der Partei beschädigt“. Die aufwendige Feier wurde von einer militärischen Flugschau begleitet. Zudem fand im Nationalstadion von Peking eine Gala mit Zehntausenden Besuchern und Millionen Fernsehzuschauern statt. (Siehe Seite 3; Kommentar Seite 8.)

## Goethe-Institut muss Arbeit in Belarus einstellen

frs. MOSKAU. Belarus hat laut dem deutschen Auswärtigen Amt das Goethe-Institut und den Deutschen Akademischen Auslandsdienst aufgefordert, ihre Arbeit in dem Land einzustellen. „Dieser Schritt wird dazu beitragen, Belarus international weiter zu isolieren“, teilte das Ministerium in Berlin mit und forderte das Regime von Diktator Alexandr Lukaschenko auf, „auf die legitimen Forderungen der Protestbewegung einzugehen“. Lukaschenko kündigte als Reaktion auf die jüngsten, bisher härtesten EU-Sanktionen gegen Belarus an, die Zusammenarbeit mit Russland auszuweiten. (Siehe Seite 4.)

## Eklat bei von der Leyens Slowenien-Besuch

T.G. BRDO. Beim Besuch von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch den slowenischen Ministerpräsidenten Janez Janša ist es am Donnerstag zu einem Eklat gekommen. Janša beschwerte sich darüber, dass die Justiz mit kommunistischen Richtern durchgesetzt sei, und zeigte ein Bild mit Richtern neben sozialdemokratischen Politikern. Leyen ging dazwischen: Mit Richtern, die Mitglied einer anderen Partei seien, müsse respektvoll umgegangen werden. Ihr Vize Frans Timmermans weigerte sich, am Familienfoto teilzunehmen. (Siehe Seite 8.)

